Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Gesundheit
Postfach
3003 Bern

19. März 2012

Vernehmlassung zur Teilrevision der Chemikalienverordnung

Sehr geehrter Herr Direktor

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2011 ersuchen Sie uns, zur Teilrevision der Chemikalienverordnung Stellung zu nehmen. Wir kommen dieser Aufforderung gerne nach.

1 Grundsätzliches

Wir begrüssen die vorgeschlagenen weiteren Schritte und Konkretisierungen, welche aufgrund des Übergangs zum GHS nötig sind. Insbesondere begrüssen wir die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Regelungen zur Meldepflicht und die Ausdehnung der Sachkenntnis bei der Abgabe von besonders gefährlichen Stoffen und Zubereitungen an gewerbliche Endverbraucher.

Mit der Einführung des GHS und der Neugestaltung der Folgepflichten gemäss dem vorliegenden Entwurf ändern sich die materiellen Inhalte der Lernziele für den Erwerb der Sachkenntnis. Die in früheren Kursen oder Ausbildungen erworbenen Kenntnisse entsprechen nicht mehr den Erfordernissen. Aus diesem Grund ist eine konkrete Verpflichtung für Inhaber älterer Ausweise festzuhalten.

Im Rahmen der Revision der einstufigs- und kennzeichnungsabhängigen Folgepflichten soll die Abgabe besonders wassergefährdender Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte an Privatpersonen nur in Gebinden über 1 kg Inhalt erhöhten Anforderungen unterstellt werden. Resultate aus der Umweltbeobachtung zeigen, dass der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln für Haus und Garten oft nicht umweltgerecht ist. Da diese Wirkstoffe schon in niedrigsten Konzentrationen nachteilige Effekte auf Wasserorganismen ausüben, ist der richtige Umgang auch für Mittel relevant, die in kleinen Gebinden in Verkehr gebracht werden. Auf die Beschränkung der Informations- und Sachkenntnispflicht auf Produkte in Verpackungen von mehr als 1 kg ist daher zu verzichten.

2 Anträge und Bemerkungen zu einzelnen Artikeln der Chemikalienverordnung

2.1 Chemikalienverordnung (ChemV)

Artikel 2: Begriffe

Antrag: Der Begriff der „breiten Öffentlichkeit“ ist zu definieren.

Begründung: Mehrere Bestimmungen der Chemikalienverordnung gelten für Produkte zur Abgabe an die „breite Öffentlichkeit“ oder betreffen die Abgabe an diesen Verwenderkreis.

Mit einer entsprechenden Definition des Begriffes kann sichergestellt werden, dass die entsprechenden Regelungen einheitlich angewendet und vollzogen werden.

Artikel 39 Abs. 2: Kennzeichnung von gefährlichen Zubereitungen

Antrag: Ergänzung in Abs. 2:

² Für die chemische Bezeichnung eines gefährlichen Stoffes *in einer Zubereitung* ist massgebend:

Bemerkung: Der Artikel 39 bezieht sich gemäss der vorliegenden Revision nur noch auf Zubereitungen. Zur Klarstellung, dass die Festlegung nach Abs. 2 nur die Kennzeichnung deklarationspflichtiger Inhaltsstoffe, nicht aber von Stoffen, die als solche auf den Markt kommen, betrifft, schlagen wir eine entsprechende Präzisierung vor.

Artikel 53: Anforderungen an das Sicherheitsdatenblatt und seine Erstellung

Antrag 1: Anpassung und Beibehaltung von Abs. 1^{quater}

Auf die für die Schweiz erforderlichen nationalen Angaben im SDB gemäss der Entsprechungsliste des Anhangs 5 ist explizit hinzuweisen.

Begründung: Die bisherige Fassung des Abs. 1^{quater} enthielt eine Aufzählung der Abschnitte des SDB, welche an die nationalen Anforderungen angepasst werden müssen. Im Anhang 5 sind die für die Schweiz geltenden Entsprechungen zu den im Anhang II der VO (EG) 1907/2006 (REACH) erwähnten Regelungen aufgeführt: Daraus kann der diesbezügliche Anpassungsbedarf der Sicherheitsdatenblätter für die Schweiz abgeleitet werden. Zum klaren Verständnis ist im Art. 53 auf diesen Sachverhalt explizit aufmerksam zu machen und auf den Anhang 5 zu verweisen.

Antrag 2: Das EDI sollte von seiner Kompetenz nach Abs. 2 minimale fachliche Qualifikationen der Erstellerinnen und Ersteller von Sicherheitsdatenblättern festlegen zu können, Gebrauch machen und die entsprechenden Minimalanforderungen vorschreiben.

Begründung: Das Sicherheitsdatenblatt ist das wichtigste Kommunikationsmittel entlang der Lieferkette. Oftmals fehlen die wichtigen Angaben zur Abgabe, Verwendung und Entsorgung der Produkte. Seit Jahren ist jedoch die teils sehr mangelhafte Qualität von Sicherheitsdatenblättern bekannt. Die Vollzugsbehörden von Bund und Kantonen stellen bei Betriebskontrollen und im Rahmen der Überprüfung von Einstufungen und Kennzeichnungen teilweise gravierende Kenntnislücken bei den Verantwortlichen fest, welche eine der Hauptursachen für nichtkonforme Sicherheitsdatenblätter und Produkte sind.

Es ist daher unverzichtbar, dass die Aufgaben im Rahmen der Selbstkontrolle von kompetenten Personen durchgeführt werden.

Artikel 54 und 55: Bereitstellungspflicht und Aktualisierung von Sicherheitsdatenblättern

Antrag 1: Ergänzung Titel Art. 54: Bereitstellung *und Abgabe*

Ersatz der neuen Formulierung "zur Verfügung gestellt" durch "übermittelt".

Begründung: Wir begrüßen grundsätzlich die Anpassung der Formulierungen in der ChemV an den Wortlaut der entsprechenden europäischen Rechtstexte.

Es ist jedoch einschlägig bekannt, dass die deutsche Fassung der VO (EG) 1907/2006 (REACH) diesbezüglich eine sprachliche Unsauberkeit gegenüber der englischen Originalversion enthält. Mit der Formulierung "zur Verfügung stellen" könnte angenommen werden, dass Sicherheitsdatenblätter (SDB) einzig bereitgehalten werden müssen (z.B. auf einer Webseite oder zur Lieferung auf Anfrage). Der kürzlich erschienene diesbezügliche Leitfaden der europäischen Chemikalienagentur (ECHA) bestätigt, wie in den Erläuterungen erwähnt, dagegen die Pflicht der Abgeberin, SDB aktiv übermitteln zu müssen (Guidance on the compilation of safety data sheets, ECHA, Version 1.1, Dezember 2011). Es wird festgehalten, dass die alleinige Bereitstellung von SDB auf einer Website nicht ausreichend sei.

Mit einer korrekten Formulierung kann hier bereits auf Verordnungsebene Klarheit geschaffen werden.

Antrag 2: Ergänzung Abs. 4 Bst. c:

c. auf Papier oder *im Einverständnis mit der Abnehmerin* elektronisch.

Begründung: Die elektronische Abgabe von Sicherheitsdatenblättern (SDB) ist aus verschiedenen Gründen zweckmässig.

Bevor eine elektronische Abgabe stattfindet, ist es jedoch erforderlich, dass die Abnehmerin ihr Einverständnis ausdrückt. Dieses kann in der Praxis beispielsweise durch Bekanntgabe einer (besonderen) Empfangsadresse für die Sicherheitsdatenblätter stillschweigend geäussert werden. So wird gleichzeitig sichergestellt, dass die SDB beim Abnehmerbetrieb die richtige Stelle erreichen.

Antrag 3: Art. 54 Abs. 5 ist aufzuheben.

Begründung: Die Bestimmungen des bisherigen Art. 54 Abs. 5 sind neu unter Art. 54 Abs. 4 Bst. c berücksichtigt. Art. 54 Abs. 5 wird im Änderungsvorschlag aber formell nicht aufgehoben.

Artikel 69: Ausnahmen von der Meldepflicht

Antrag: Anpassung und Präzisierung Bst. c:

c. Stoffe und Zubereitungen, die ausschliesslich für Forschungszwecke sowie Stoffe, die ausschliesslich für Laborzwecke in Verkehr gebracht werden;

Begründung: Wir begrüßen die Ausnahme von Chemikalien für Analyse- und Forschungszwecke von der Meldepflicht. In der Praxis werden „Laborchemikalien“ im Weiteren zu Bildungszwecken verwendet. Auch diese und weitere Verwendungen in Labors sollten von der Meldepflicht ausgenommen sein. Allerdings sollte eine solche Ausnahme für allgemeine Laborzwecke, welche auch die Durchführung von Analysen umfassen, auf Stoffe beschränkt werden. Etwaige Zubereitungen (Gemische) wie Testlösungen, Reagenzien usw. sind der Meldepflicht zu unterstellen, damit die erforderlichen Angaben zur Zusammensetzung für die Notfallouskunft im Produktregister hinterlegt sind.

Artikel 72: Aufbewahrung

Antrag 1: Ergänzung von Abs. 6 Bst. c:

c. die Beschaffenheit der Verpackung muss den Artikeln 35 und 36 entsprechen.

Begründung: Mit den bestehenden Bestimmungen von Artikel 72 in Verbindung mit Artikel 35 lässt sich die Mehrzahl der gefährlichen Aufbewahrungen vermeiden. Zu Verwechslungen führen kann jedoch neben dem Umfüllen in Behälter oder Verpackungen, die in der Regel für andere normalerweise weniger gefährliche Produkte (z.B. Lebensmittel) vorgesehen sind, auch die Aufbewahrung in weiteren Gebinden oder Gefässen, welche aus anderen Gründen die Neugierde von Kindern wecken (z.B. wegen der Ähnlichkeit mit Spielzeug). Aus diesem Grund ist der Verweis um den Artikel 36, welcher diesen Aspekt berücksichtigt, zu ergänzen.

Antrag 2: neuer Absatz 1^{bis}:

Chemikalien mit gesundheitsgefährdenden Eigenschaften dürfen nicht auf offenen unbeaufsichtigten Verkaufsregalen ausserhalb von Verkaufsräumen aufbewahrt werden.

Begründung: In der Praxis werden Chemikalien mit gesundheitsgefährlichen Eigenschaften (reizend, gesundheitsschädlich), für welche eine Selbstbedienung grundsätzlich zulässig ist, oft auf Verkaufsregalen vor Tankstellenshops oder vor Ladengeschäften, entlang von Trottoirs, angeboten. Diese so präsentierten Produkte sind Passanten, etwa auch Kindern auf dem Schulweg, frei zugänglich. Da weder eine Kontrolle durch Aufsichtspersonen (z.B. Eltern) noch durch das Ladenpersonal (z.B. Kassenpersonal) stattfindet, besteht hier eine beträchtliche Gefährdung. Nach der Aufhebung der entsprechenden, weitergehenden Vorschrift der Giftgesetzgebung, sind solche Situationen immer häufiger zu beobachten und betreffen vermehrt Produkte mit zunehmender Gefährlichkeit.

Artikel 75a: Voraussetzungen für die Ausfuhr

Bemerkung: In der deutschsprachigen Version fehlt beim Verweis in Abs. 1 Bst. c die Nummer des referenzierten Artikels (Art. 49).

Antrag: Ergänzung von Abs. 2:

Bei Abweichungen informiert sie die für die Verfügung zuständige kantonale Vollzugsstelle.

Begründung: Die Kriterien, welche einer Ausfuhr im Wege stehen, sind, mit Ausnahme von Abs. 1 Bst. a, mehrheitlich im Vollzugsbereich kantonaler Stellen (Verpackung, Kennzeichnung, Werbung). Entsprechende Massnahmen sind, gegebenenfalls auf Ersuchen der Anmeldestelle, durch die kantonalen Vollzugsbehörden zu treffen.

neuer Artikel: Rücknahme

Antrag: Ergänzung eines neuen Artikels nach Art. 75a:

Die Rücknahmepflicht nach Artikel 22 ChemG ist zu präzisieren. Auf Verordnungsebene ist klarzustellen, dass jede Verkaufsstelle, welche gefährliche Chemikalien abgibt, Reste von diesen Produkten wieder von den nicht gewerblichen Verwendern zurückzunehmen hat.

Begründung: Nach Artikel 22 des Chemikaliengesetzes muss, wer gefährliche Stoffe und Zubereitungen abgibt, sie von nicht gewerblichen Verwenderinnen und Verwendern

zur fachgerechten Entsorgung zurücknehmen. Dieser Text wird teilweise dahingehend ausgelegt, dass Händler mit verschiedenen Filialen die Rücknahme zentralisieren und einzelne Rückgabestellen pro Region oder Stadt festlegen können. Der Botschaftstext zum ChemG nennt als Zweck dieser Bestimmung „nicht in erster Linie den Umweltschutz - auch wenn sie dazu beiträgt - sondern der Schutz der Gesundheit vor den Auswirkungen unsachgemässer Entsorgung“. Dieser Schutz kann nur mit einem dichten Netz von Rücknahmestellen erfüllt werden. Mit der Klarstellung, dass jede Verkaufsstelle die Produkte ihres Sortiments zurückzunehmen hat, wird dieses Ziel erreicht und diesbezüglich Klarheit geschaffen.

Artikel 80: Besondere Pflichten bei der Abgabe

Antrag 1: Abs. 5:

Ein Verbot des Versandhandels an Privatpersonen von Chemikalien mit gewissen Eigenschaften, z.B. mit einem der Piktogramme GHS05 oder GHS06 ist zu prüfen.

Begründung: Nach bisherigem Recht gilt für Chemikalien mit den Eigenschaften T, E, C mit R35 und für Selbstverteidigungsprodukte eine Ausweis- und Aufzeichnungspflicht. Einzig für Selbstverteidigungsprodukte wurde festgehalten, durch welche Massnahmen diese Pflichten im Distanzverkehr ersetzt werden können (eingeschriebener Versand mit Vermerk „eigenhändig“). Daher war der Versandhandel mit den übrigen betroffenen Produkten (T, E, C mit R35) in der Praxis nicht möglich. Diese Einschränkung soll weiterhin gelten, da die Abgeberin beim Versand insbesondere auch ihre Pflicht nach Art. 80 Abs. 5, die Urteilsfähigkeit des Bezügers beurteilen zu müssen, nur beschränkt wahrnehmen kann.

Antrag 2: Abs. 2:

Die Anforderungen an die Wahrnehmung der Abgabevorschriften beim Versand von Chemikalien der Gruppe 2 an Privatpersonen sind festzuhalten.

Begründung: Im Detailhandel sind bei der Abgabe von Chemikalien der Gruppe 2 an Privatpersonen diverse Pflichten wahrzunehmen. Neben der Sachkenntnispflicht besteht eine Informationspflicht bezüglich der erforderlichen Schutzmassnahmen und über die vorschriftsgemässe Entsorgung. Die Abgabe solcher Produkte darf nur an mündige Personen erfolgen. Der Abgeber muss zur Annahme gelangen können, dass ein Bezüger urteilsfähig ist und die einschlägigen Sorgfaltspflichten einhalten kann.

Die Wahrnehmung dieser Abgabepflichten ist beim Versandhandel nicht in gleicher Art, wie in einem Verkaufslokal möglich. Sofern sie wegen ihren Eigenschaften nicht vom Versand ausgeschlossen sind (vgl. Antrag 1), ist für die übrigen Produkte daher festzulegen, welche konkreten diesbezüglichen Massnahmen im Distanzverkehr in der Praxis mindestens erforderlich sind.

Antrag 3: Abs. 3 und Abs. 4 sind beizubehalten:

Die Aufzeichnungspflicht ist für Stoffe und Zubereitungen, die als giftig, explosionsgefährlich oder ätzend mit R-Satz R 35 gekennzeichnet sind, beizubehalten.

Begründung: Durch die Aufzeichnungspflicht wird der Abgeber von besonders gefährlichen Chemikalien gezwungen, den Käufer über die Gefährlichkeit zu informieren. Zudem kann die Vollzugsbehörde relativ einfach kontrollieren, ob bei der Abgabe dieser besonders gefährlichen Stoffe und Zubereitungen die Informationspflicht (Schutzmassnahmen, Entsorgung) gemäss Art. 80 Abs. 1 und Abs. 2 auch wahrgenommen wird. Wird hingegen auf die Aufzeichnungspflicht verzichtet, kann die Wahrnehmung der Informationspflicht nur noch mit Testkäufen überprüft werden.

Artikel 81: Sachkenntnis bei der Abgabe

Antrag: Ergänzung des Abs. 1:

der Gruppe 1 an berufliche Endverbraucherinnen *und Händler*;

- b. der Gruppe 2 an die breite Öffentlichkeit, an berufliche Endverbraucher *oder an Händler*.

Begründung: Insbesondere Chemikalien der Gruppe 1 aber auch jene der Gruppe 2 unterliegen besonderen Abgabeeschränkungen (Verbot oder Sachkenntnis- und Informationspflicht im Detailhandel) und Bestimmungen bei der Verwendung (z.B. Jugendschutz, Mutterschutz). Es ist daher wichtig, dass diese Anforderungen bereits in der Lieferkette bekannt sind und dass Produkte erkannt werden, die nicht in ungeeignete Verkaufskanäle gelangen sollen. Ausserdem fehlt in diesem Bereich vielerorts die Sensibilisierung für die Wichtigkeit der Abgabe und das Verständnis der Inhalte des Sicherheitsdatenblattes. Aus diesen Gründen ist hier eine Ausdehnung der Sachkenntnispflicht erforderlich.

Bemerkung: Wir weisen ausserdem auf unseren allgemeinen Antrag im Abschnitt zur Anpassung der VSK hin.

Artikel 82: Diebstahl, Verlust, irrtümliches Inverkehrbringen

Antrag: Präzisierung und Ergänzung des Abs. 3:

Das Erfordernis der Meldung ist auf alle gefährlichen Chemikalien auszudehnen. Der Begriff des „irrtümlichen Inverkehrbringens“ und die erforderlichen Massnahmen sind im Sinne des Artikels 8 Abs. 5 des Produktesicherheitsgesetzes (PrSG, SR 930.11) zu formulieren, wobei auch mögliche Umweltgefährdungen in Betracht zu ziehen sind.

Begründung: Der Begriff des irrtümlichen Inverkehrbringens sollte dahingehend definiert werden, dass der Hersteller oder ein anderer Inverkehrbringer, wenn er feststellt oder Grund zur Annahme hat, dass von seinem Produkt eine Gefahr für die Sicherheit oder die Gesundheit der Verwenderinnen und Verwender, von Dritten ausgeht oder für die Umwelt besteht, dem zuständigen kantonalen Vollzugsorgan unverzüglich eine entsprechende Mitteilung zu machen hat. Dabei soll er über die Gefahren, die von dem Produkt ausgehen, die erforderlichen Angaben über das Produkt und seinen Ursprung sowie die bereits ergriffenen Massnahmen zur Abwendung der Gefahr informieren.

Solche Risiken können grundsätzlich von allen gefährlichen Chemikalien ausgehen, weshalb die Beschränkung auf die Gruppen 1 und 2 nicht zweckmässig ist.

Artikel 83a: Stoffe und Zubereitungen, die bestimmungsgemäss der Selbstverteidigung dienen

Antrag: Chemische Produkte, die zur Selbstverteidigung dienen, namentlich Pfeffersprays, sind durch die Waffengesetzgebung zu regeln.

Begründung: Gemäss der Vorlage sollen die Ausweis- und Aufzeichnungspflicht bei der Abgabe von Pfeffersprays wegfallen. In diesem Kontext ist der überfällige Transfer dieser Produkte in den Geltungsbereich der Waffengesetzgebung umzusetzen. Aufgrund ihrer Zweckbestimmung, die menschliche Gesundheit zu beeinträchtigen, stehen diese Produkte der Zielsetzung der Chemikaliengesetzgebung entgegen. Auch wenn durch Pfeffersprays in der Regel keine bleibenden Schäden erwartet werden, haben sie einen waffenähnlichen Charakter. Dies zumal sie vermehrt missbräuchlich als Angriffsgegenstände verwendet werden. Daher

sollen sie der dafür geeigneten restriktiveren Waffengesetzgebung unterstellt werden, welche weiterhin über die zukünftig im Chemikalienrecht entfallenden und auch noch über weitere geeignete Instrumente verfügt.

Am Rande wird darauf hingewiesen, dass Pfeffersprays oft aus Nachbarländern importiert werden, in welchen sie nicht der Chemikaliengesetzgebung unterstellt sind. Daher muss der schweizerische Importeur eine Selbstkontrolle ausüben, ohne dafür über die notwendigen Daten vom ausländischen Hersteller zu verfügen. Es hat sich gezeigt, dass viele Importeure bei der Ausübung der Selbstkontrolle überfordert sind.

Anhang 6: Stoffe und Zubereitungen der Gruppen 1 und 2

Bemerkung: Wir begrüssen die Definition der Gruppen an einer zentralen Stelle.

Antrag: Ergänzungen in den Tabellen:

In den Tabellen sind unter Ziffer 1 neben den Piktogrammen deren offiziellen Nummern (z.B. GHS01) sowie unter Ziffer 2 bei den Gefahrensymbolen die Gefahrenbezeichnungen und deren Abkürzungen (z.B. E) aufzuführen.

2.2 Biozidprodukteverordnung (VBP)

Antrag: Ergänzung Artikel 43:

Der Artikel 43 ist dahingehend zu ergänzen, dass die Abgabe aller Biozidprodukte, die besonders gewässergefährdend, d.h. mit N:R50/53 bzw. Aquatic Acute1 oder Aquatic Chronic 1 eingestuft sind, den Bestimmungen für Chemikalien der Gruppe 2 unterstellt werden, unabhängig von der Verpackungsgrösse der Produkte.

Bemerkung: Die Revision der Folgepflichten bei der Abgabe von Chemikalien bietet Gelegenheit, ein wichtiges Anliegen des Gewässer- und Umweltschutzes zu berücksichtigen. Stoffe und Zubereitungen, die sehr giftig für Wasserorganismen sind und in Gewässern längerfristig schädliche Wirkungen haben können, gelten heute gemäss Art. 76 Bst. a Ziff. 7 ChemV erst in Packungen von mehr als 1 kg Inhalt als besonders gefährlich. In Verbindung mit Art. 78 Abs. 1 Bst. a ChemV, der besonders gefährliche Stoffe und Zubereitungen von der Selbstbedienung ausschliesst, hat diese Bestimmung zur Folge, dass Biozidprodukte in Mengen unterhalb einem 1 kg Inhalt in der Selbstbedienung angeboten werden dürfen. Da diese Wirkstoffe schon in niedrigsten Konzentrationen nachteilige Effekte auf Wasserorganismen ausüben, ist der richtige Umgang auch für Mittel relevant, die in kleinen Gebinden in Verkehr gebracht werden. Auf die Beschränkung der Informations- und Sachkenntnispflicht auf Produkte in Verpackungen von mehr als 1 kg ist daher zu verzichten.

Artikel 50: Werbung

Antrag: Im Rahmen der vorliegenden Revision ist festzuhalten, ob die im Artikel 50 vorgeschriebenen Hinweise bei der Werbung für Biozidprodukte abschliessend oder ob die Angaben nach Art. 75 ChemV zusätzlich gefordert sind. Der Art. 50 ist gegebenenfalls mit einem entsprechenden Verweis zu ergänzen.

Begründung: Nach Art. 50 VBP muss bei jeder Werbung für Biozide der Satz "Biozide sicher verwenden...." angebracht werden. Bei gefährlichen Stoffen und Zubereitungen ist nach Art. 75 ChemV die Angabe der gefährlichen Eigenschaften nötig (bei Abgabe an die breite Öffentlichkeit im Distanzverkehr). Da in der VBP kein Ver-

weis auf die ChemV vorhanden ist, gilt diese Anforderung für Biozidprodukte nicht.

Die deutsche BAuA ist für ihren Zuständigkeitsbereich der Auffassung, dass bei Biozidprodukten beide Anforderungen gelten, da Biozide auch Zubereitungen seien (d.h. §15a des deutschen ChemG gelte auch für Biozide).

Ein Grund für den Verzicht auf die Angaben zu den gefährlichen Eigenschaften bei Biozidprodukten ist nicht offensichtlich. Die Vorschrift der VBP könnte als Grundanforderung betrachtet werden, die gegebenenfalls noch durch die gefährlichen Eigenschaften ergänzt wird. Auch bei der Werbung für Pflanzenschutzmittel ist neben dem Satz „Pflanzenschutzmittel vorsichtig verwenden...“ auf die Kennzeichnungselemente hinzuweisen (Art. 60 PSMV).

2.3 Pflanzenschutzmittelverordnung (PSMV)

Antrag: Ergänzung Artikel 64:

Der Artikel 64 ist dahingehend zu ergänzen, dass die Abgabe aller Pflanzenschutzmittel, die besonders gewässergefährdend, d.h. mit N:R50/53 bzw. Aquatic Acute1 oder Aquatic Chronic 1 eingestuft sind, den Bestimmungen für Chemikalien der Gruppe 2 unterstellt ist, und zwar unabhängig von der Verpackungsgrösse der Produkte.

Bemerkung: Zur Begründung verweisen wir auf den analogen Antrag zum Artikel 43 der Biozidprodukteverordnung.

Resultate aus der Umweltbeobachtung zeigen, dass der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln für Haus und Garten oft nicht umweltgerecht ist. Zum einen werden die gesetzlichen Verwendungsverbote und -einschränkungen nur ungenügend beachtet, zum anderen werden Spritzmittelreste und Wasser, das zum Spülen der Spritzgeräte verwendet wurde, über die Kanalisation entsorgt. Dadurch gelangen die Wirkstoffe aus Pflanzenschutzmitteln in die ober- und unterirdischen Gewässer, wo sie Tiere und Pflanzen schädigen und unser Trinkwasser gefährden.

Der unsachgemässe Umgang mit Pflanzenschutzmitteln ist darauf zurückzuführen, dass der private Anwender nicht über die erforderlichen Kenntnisse für einen richtigen Umgang mit diesen Produkten verfügt. Diese Kenntnisse können aber nicht durch die Lektüre einer Gebrauchsanweisung erworben werden, sondern müssen in einem Beratungsgespräch vermittelt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Kunde ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Pflanzenschutzmittel erwirbt und dieses dann gemäss den geltenden Bestimmungen und guter fachlicher Praxis anwendet. Unabdingbare Voraussetzung für ein Beratungsgespräch ist jedoch, dass Pflanzenschutzmittel von der Selbstbedienung ausgenommen sind.

2.4 Änderung von drei EDI-Verordnungen

2.4.1 Verordnung des EDI über die Sachkenntnis (VSK)

Allgemeiner Antrag

Es ist von zentraler Bedeutung für die Wirkung der im Entwurf der ChemV vorgeschlagenen Erweiterung der Sachkenntnispflicht auf Bereiche des Grosshandels, dass rechtzeitig qualitativ einwandfreie Unterlagen und genügend Kurse zum Erwerb der Sachkenntnis und zur anerkannten Weiterbildung vorhanden sind. Wir fordern das Bundesamt für Gesundheit auf, im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion unverzüglich entsprechende Massnahmen einzuleiten. Im Weiteren weisen wir darauf hin, dass die Unterlagen zum Selbststudium noch keinerlei Hinweise auf die Einstufung und Kennzeichnung nach GHS enthalten.

Artikel 3: Grundwissen

Antrag: Es ist eine konkrete Verpflichtung zur Weiterbildung für alle Inhaber von Ausweisen, die vor 2009 erworben wurden, vorzusehen. Diese Weiterbildungen müssen vom BAG anerkannt sein und von den Teilnehmern mit einem entsprechenden Dokument nachweisbar sein.

Begründung: Im Hinblick auf die substanziellen Änderungen des Einstufungs- und Kennzeichnungssystems und die damit ausgelöste Neustrukturierung der Folgepflichten rechtfertigt eine allgemeine konkrete Weiterbildungsverpflichtung für alle Inhaber von Ausweisen und anerkannten Abschlüssen, die vor 2009, d.h. vor der erstmaligen Einführung von GHS im schweizerischen Recht, erworben wurden.

Nur so kann sichergestellt werden, dass alle sachkundepflichtigen Abgeber die geänderten kennzeichnungsabhängigen Abgabepflichten erkennen, die GHS-Kennzeichnung verstehen und ihre Kunden angemessen über die neue Kennzeichnung und deren Bedeutung informieren können.

Anhang 1: Grundwissen

Antrag: In der Rubrik „Grundwissen“ muss es im ersten Satz heissen „bestimmter gefährlicher Stoffe“ statt „besonders gefährlicher Stoffe“.

Begründung: Da der Titel der Verordnung geändert wird, bisher: „...zur Abgabe besonders gefährlicher Stoffe...“ neu „...zur Abgabe bestimmter gefährlicher Stoffe...“, sollte im Anhang 1 unter der Rubrik „Grundwissen“, im ersten Satz die Terminologie noch angepasst werden.

2.4.2 Verordnung des EDI über die Chemikalien-Ansprechperson (VAP)

Wir begrüßen die vorgeschlagene Anpassung der VAP, welche die Erweiterung der Mitteilungspflicht auf den sachkenntnispflichtigen Grosshandel beinhaltet.

2.4.3 Verordnung des EDI über die Fachbewilligung für die Schädlingsbekämpfung mit Begasungsmitteln (VFB-B)

Anhang 1: Erforderliche Fähigkeiten und Kenntnisse

Antrag: Die neu geschaffenen H- und P-Sätze sollten unter Punkt 3.1 ergänzend eingeführt werden.

Begründung: Im Anhang 1 werden bei den erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnissen unter Punkt 3.1, Kennzeichnung gefährlicher Eigenschaften von Chemikalien, nur die alten R- & S-Sätze aufgeführt. Mit der Einführung des GHS / CLP-Systems per 1. Dezember 2010 wurden für die Kennzeichnung gefährlicher Eigenschaften von Chemikalien neu H- und P-Sätze geschaffen. Die Übergangsfrist läuft

3 Schlussbemerkung

Für die Möglichkeit, zur Teilrevision der Chemikalienverordnung eine Stellungnahme abgeben zu können, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber